

Regierung und Opposition uneins über Lohnuntergrenze

In der CDU wird bundesweit heftig über den Mindestlohn diskutiert. Am Wochenende steht das Thema auf der Tagesordnung des Bundesparteitags in Leipzig. An diesem Donnerstag war der Mindestlohn bereits Gegenstand einer aktuellen Debatte im Landtag. Dabei wurde deutlich: Bei diesem Thema sind sich Regierungs- und Oppositionsfractionen uneinig.

Von Stefanie Schlüter

STUTT GART. Wirtschafts- und Finanzminister Nils Schmid (SPD) sowie die Redner von Grünen und SPD befürworteten in der Landtagsdebatte einen gesetzlichen, branchenübergreifenden Mindestlohn. CDU und FDP lehnten diesen ab. Sie setzten in erster Linie darauf, dass die Tarifpartner die Lohnfrage regeln. So warnte Hans-Ulrich Rülke (FDP) davor, die Tarifautonomie auszuhebeln.

„Deutschland hat eine der höchsten Niedriglohnquoten in Europa“, macht Schmid deutlich. Er bezieht sich dabei auf eine Untersuchung des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen auf Grundlage von OECD-Angaben. Danach arbeitet in Deutschland etwa jeder Fünfte im Niedriglohnsektor. In Baden-Württemberg liegt die Quote bei 18,2 Prozent. Die OECD definiert die Niedriglohnschwelle mit zwei Drittel des mittleren, sogenannten Medianlohns. Dieser liegt in Westdeutschland bei 1890 Euro.

20 der 27 EU-Staaten haben einen Mindestlohn eingeführt

Mit einem gesetzlichen Mindestlohn wird bereits in 20 der 27 EU-Mitgliedsstaaten versucht, gegen Lohndumping anzugehen. Diesen fordern SPD und Grüne auch für Deutschland. „Wer Vollzeit arbeitet, muss von der Arbeit leben können“, sagt Rainer Hinderer (SPD).



Die Gebäudereinigungsbranche ist eine von zehn Branchen, in denen ein Mindestlohn eingeführt wurde. FOTO: ALABIS

Die Höhe des Mindestlohns in den EU-Staaten ist unterschiedlich. In Luxemburg werden beispielsweise 10,16 Euro pro Stunde gezahlt, in Frankreich neun Euro, in Großbritannien 6,91 Euro.

Eine Prognos-Studie kam zu dem Ergebnis, dass die öffentlichen Haushalte durch einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde durch zusätzliche Zahlun-

gen von Einkommensteuer und Sozialbeiträgen sowie sinkende Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe und Wohngeld um sieben Milliarden Euro entlastet würden. Darüber hinaus würde ein höheres Einkommen die Binnenanfrage ankurbeln, so die Ergebnisse der Prognos-Gutachter, die in ihrer Studie allerdings keine Beschäftigungseffekte untersucht haben.

Genau dies ist eines der Hauptargumente der Kritiker von allgemeinen Mindestlöhnen. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt etwa sieht bei einem Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde 1,5 Millionen Arbeitsplätze gefährdet. „Mindestlöhne sind kontraproduktiv, da sie Arbeitskräfte mit geringer Leistung tendenziell vom Arbeitsmarkt ausschließen anstatt ihnen ein ausreichend hohes Einkommen zu garantieren“, sagt auch Andreas Richter, Hauptgeschäftsführer der IHK Region Stuttgart. Zu hohe Mindestlöhne bremsten die Beschäftigung, da sie den Einstieg für Geringqualifizierte in Arbeit erschwerten und Schwarzarbeit förderten.

Beim Baden-Württembergischen Handwerkstag hat man gute Erfahrungen mit branchenspezifischen Mindestlöhnen, etwa für Dachdecker oder im Baugewerbe gemacht. Hauptgeschäftsführer

Oskar Vogel hat keine Bedenken, wenn ein Mindestlohn von Arbeitgebern und Arbeitnehmern für eine Branche ausgehandelt wird. Er wendet sich allerdings gegen einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn: „Die Verdienstmöglichkeiten in den Branchen sind unterschiedlich.“

Mindestlohn als Schutz gegen Dumpingpreise

Minister Schmid hingegen sprach sich klar für einen gesetzlichen Mindestlohn aus. Der Markt alleine biete nicht die Gewähr, dass ein Lohn gezahlt werde, von dem man anständig leben könne, so Schmid. Vor allem Frauen, junge Menschen, Geringqualifizierte und Menschen mit Migrationshintergrund seien von Niedriglöhnen betroffen. Mindestlöhne schützten andererseits auch die Unternehmen gegen Dumpingpreise.

„Wir brauchen den Mindestlohn“, sagt auch Alexander Schoch (Grüne). Tarifverträge reichten nicht aus. Viele Mittelständler im Land seien nicht tarifgebunden, zahlten aber trotzdem Löhne, die über Tarif lägen, widersprach Claus Paal (CDU). Hans-Ulrich Rülke (FDP) wandte sich gegen einen branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohn. Dieser werde nicht alle Probleme im Land lösen. Es werde weiterhin Aufstocker geben. Auch müsse man die Chancen für Geringqualifizierte offenhalten. Gegen branchenspezifische Mindestlöhne hatten die Redner von CDU und SPD nichts einzuwenden.

Kommentar auf Seite 2.

Online-Umfrage

Geben Sie auf staatsanzeiger.de Ihre Stimme ab.

Sind Sie für Mindestlöhne in allen Branchen?

Ja

Nein